

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— M., bei Selbstabholung 7.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 40 Pfa. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4500. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13683. — **Verlag in Leipzig,** Tauscher Straße 19/21 — **Telefon** 4596

Inseratenpreise: Die 7gespaltene Kolonelle oder deren Raum 2.50 M., bei Platzvorschrift 3.— M.; Familiennachrichten, die 7gespaltene Zeile 2.— M. Reklame-Kolonelle 10.— M. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9. Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Rückkehr Rathenaus.

Frankfurt a. M., 5. Dezember. (U.) Wie die Frankf. Nachr. erfahren, trifft Rathenau Dienstagmittag in Berlin ein, um über den Ausfall der Verhandlungen in London dem Kabinett Bericht zu erstatten. Die Beratungen werden inzwischen von deutscher Seite von den über Paris nach London gereisten deutschen Baultiers Weinberg und Mendelssohn weitergeführt. Die Londoner Verhandlungen sind in ein offizielles Stadium getreten, da die deutschen und die englischen Vertreter im Auftrag ihrer Regierungen miteinander verhandeln. Sofort nach Rathenaus Rückkehr wird das Kabinett darüber entscheiden, ob die deutsche Regierung bei der Reparationskommission für die Erlangung eines Zahlungsausfalls offizielle Schritte unternehmen wird.

Noch keine Antwort auf die Entenlenke.

Berlin, 6. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Wie der Vorwärts erfährt, hat die Reichsregierung zu dem neuen Schreibschreiber der Reparationskommission noch keine Stellung genommen und auch noch keinen Antrag auf ein Moratorium bei den Entenlenken gestellt. Das Kabinett wird zunächst die Rückkehr Rathenaus abwarten, um dann zu dem Problem endgültig Stellung zu nehmen. Heute vormittag tritt in der Reichskanzlei der interfraktionelle Ausschuss der Koalitionsparteien zu einer Besprechung der politischen Lage sowie der Finanzreformvorschläge des Reichskabinetts zusammen.

Für und gegen ein Moratorium.

London, 5. Dezember. Der diplomatische Berichterstatter des Observer teilt mit, Bradburg und der italienische Vertreter in der Reparationskommission seien für ein Moratorium, die Vertreter Frankreichs und Belgiens seien jedoch dagegen. Man sei im britischen Schahamt der Ansicht, daß während der nächsten 10 oder 15 Jahre wenig Aussicht auf irgendwelche Zahlungen Deutschlands nach dem Reparationsplan bestehe. Das Wiesbadener Abkommen würde daher die einzige Art der Bezahlung während der nächsten 15 Jahre darstellen und deshalb ausschließlich Frankreich zugute kommen.

Kennes nennt in einem Leitartikel in der Sunday Times den Plan eines zweijährigen Moratoriums einen schlechten Plan. Frankreich würde in der Periode, da es Unterstützung am notwendigsten brauche, nichts bekommen. Zugleich würde die Unsicherheit darüber, was nach zwei Jahren geschehen werde, es Deutschland schwer machen, seine Finanzen in Ordnung zu bringen. Kennes meint, die Finanzlage Deutschlands werde sich nicht bessern und die Militärs würden kein Geld erhalten, bevor ihre Forderungen nicht der Leistungsfähigkeit Deutschlands angepaßt wären. Nach der Ansicht Kennes' müßten die Militärs von Deutschland die Bezahlung von 250 Millionen Goldmark am 15. Januar und weitere 250 Millionen Goldmark am 15. März fordern. Die am 15. Februar und am 15. April fälligen Zahlungen müßten bis zur Entscheidung durch eine neue Konferenz in der Schwebe gelassen werden. Ohne eine ausländische Anleihe könne Deutschland nicht die geforderten Januar- und Februarraten bezahlen, ohne dadurch in eine Krise zu geraten, und wenn Deutschland diese Summe besäße, so könne es die Anleihe nicht auch noch bezahlen. Kennes tritt außerdem für die Ratifizierung des Wiesbadener Abkommens durch England ein, wenn die Zustimmung Frankreichs zum Voranschreiten Deutschlands gesichert werden könne. Kennes schließt seine Ausführungen mit den Worten: Ich sehe keinen besseren Ausweg aus der Sachlage, in die wir geraten sind.

Die Hundertschaft z. b. B.

Berlin, 6. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Den B. P. V. wird von amtlicher Stelle mitgeteilt, daß der Erlaß betreffend die Auflösung der Hundertschaft zur besonderen Verwendung nicht zurückgezogen sei. Die Auflösung sei im Gange und werde unberührt von dem Ausgang des Gerichtsverfahrens gegen Erren und Meyer.

Am Niederschönenfeld.

München, 6. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Vor kurzem wurde offiziell gemeldet, daß der bayerische Ministerpräsident und Justizminister Graf Verchenfeld die bayerischen Strafanklagen und darunter auch die Festung Niederschönenfeld besuchen werde. Nun schreibt die Münchner Zeitung gestern, daß der Berliner Zwischenfall in Verchenfeld den Entschluß habe reifen lassen, vorerst Niederschönenfeld nicht zu besuchen, und zwar deshalb, damit nicht der Eindruck erweckt werden könne, der Besuch erfolge unter dem Druck Berlins. Die Darlegungen des Regierungsvertreters im Verfassungsausschuss des Landtages hätten den Verchenfeldzug der gegen die bayerische Regierung wegen Niederschönenfeld geführt worden sei, so enthüllt und gerät an dem Markt, daß sich ein Besuch des Ministerpräsidenten in Niederschönenfeld erübrige.

Diese Darlegungen müssen, da sie in der Münchner Zeitung stehen, als Meinungen der Regierung gelten. Wir haben allerdings die Auffassung, daß die plumpen Verleumdungen des Regierungsvertreters im Verfassungsausschuss erst recht Mißtrauen gegen den Strafvollzug erwecken müßten

und daß die Ablehnung des Untersuchungsausschusses dieses Mißtrauen nur noch verstärkt. Wenn jetzt Verchenfeld die Festung Niederschönenfeld nicht besucht, dann muß es aller Welt offenbar werden: es ist etwas faul im Staate Dänemark.

Der Spießsumpf der Kommunisten.

Enthüllungen im württembergischen Landtag.

Berlin, 6. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Im württembergischen Landtag berichtete der Mehrheitssozialist Steinmeyer über den Spießsumpf der KPD. Es sei Zeit, einmal da hineinzupeitschen. Er habe Kenntnis von einem geheimen Rundschreiben der kommunistischen Zentrale in Stuttgart, danach unterhält die KPD. einen Kurierdienst im ganzen Lande, der in 16 Unterbezirke eingeteilt ist. Der Leiter des Kurierdienstes habe Erhebungen darüber anustellen und zu berichten, welche Mitglieder Fahrräder haben welche Mitglieder radfahren können, ganz gleich, ob sie Fahrräder besitzen oder nicht, wer in der Partei Motorrad fahren kann bezw. ein Motorrad besitzt. Weiter wird gefragt, welche Mitglieder der kommunistischen Partei können maschinens schreiben und stenographieren, telephonieren und telegraphieren und Funkentelegraphie. Der Bericht fragt weiter, welche Druckerien stehen im Falle der Aktion zur Verfügung, welche Mitglieder sind Drucker oder Setzer oder arbeiten in Telephon-, in Telephonfabriken. Außerdem, welche Kommunisten können fliegen. Steinmeyer fragt, was hat das mit einer politischen Partei und mit den Aufgaben einer politischen Partei zu tun. Er jagte aber auch, daß bis hinauf zur Zentraleitung der KPD. Mitglieder lägen, die gegen Bezahlung die intersten Angelegenheiten der Partei an die Polizei verraten, er besagt das mit folgenden Tatsachen. Sämtliche Rundschreiben und sämtliche von der Berliner Zentrale herauskommenden Schriftstücke von Bedeutung, vor allem alles wertvolle und vertrauliche Material sind der Polizei in die Hände gespielt worden.

Die ehrenwerten Denunzianten erhalten dafür monatlich 700—2000 Mark. Auf Zuruf von den Kommunisten, wer das sei, empfahl er, sich einmal bei dem kommunistischen Vorliegenden in Ravensburg zu erkundigen, der wird Auskunft geben können. Ein andres kommunistisches Mitglied wohne in Ulm. Dieser habe in der Revolution ein sehr hohes kommunistisches Parteiamt in einem Nachbarstaat bekleidet,

von ihm seien allein über 200 Berichte über kommunistische Führer, Organisationsvorgänge und die illegale Organisation der Kommunisten in Württemberg und Bayern geliefert worden.

Näheres würde Lipp in Ulm, der ehemalige Räteminister, mitteilen können. Als im Juni der Redakteur Berger vom Kommunisi verhaftet und aus Württemberg ausgewiesen wurde, verdächtigte die Kommunisten die Schwäbische Tagewacht der Denunziation. Tatsächlich sei aber Berger der Polizei von einem Mitglied der kommunistischen Partei denunziert worden. Daß die Hausdurchsuchungen bei der kommunistischen Partei bezüglich der Roten Hilfe erfolgreich waren, verdanken die Kommunisten ebenfalls lebhaftig einem ihrer Parteifreunde. Darüber sollten die Kommunisten Stadtrat Ulmer fragen, der die Berichte geliefert habe. Die Ausführungen Steinmeyers haben natürlich in den Reihen der Kommunisten eine ungeheure Verlegenheit hervorgerufen.

Für ein Steuer-Notgesetz.

Berlin, 6. Dezember. (U.) In parlamentarischen Kreisen wird der Erlaß eines Steuernotgesetzes erwogen, das nur aus wenigen Paragraphen bestehen und bestimmen soll, daß die Einkommensteuer und die Umsatzsteuer sofort bezahlt werden sollen. Der Reichskanzler Dr. Wirth soll aber gegen ein solches Gesetz sein, weil er befürchtet, daß dann die andern Steuervorlagen auf die lange Bank geschoben werden.

Von der Unabhängigen Sozialdemokratie wird schon seit langer Zeit ein derartiges Gesetz zur schleunigen Einziehung nicht nur der genannten beiden Steuern, sondern auch der noch ausstehenden Raten des Reichsnotopfers gefordert. Es ist allerdings die höchste Zeit, daß man endlich zu dieser Maßnahme greift. Zeit zu langen Erwägungen ist jetzt wirklich nicht mehr vorhanden. Eine Verschleppung der Beratung der neuen Steuererlasse braucht deshalb keineswegs einzutreten. Allerdings müßten die Regierung und ihre Vertreter im Steuerausshuß etwas energischer auftreten, als sie das bisher getan haben.

Wie der Vorwärts mitteilt, tritt heute vormittag in der Reichskanzlei der interfraktionelle Ausschuss der Koalitionsparteien zusammen, um die politische Lage und die Finanzreformvorschläge des Kabinetts zu beraten.

Die Besteuerung der Sachwerte.

F. P. Der gegenwärtige Kampf um die Steuern zeigt dem Proletariat mit aller nur erdenklichen Eindringlichkeit, daß auf diesem Gebiete der ausgeprägtesten materiellen Interessen die Klassenengegenseite aufs schärfste aufeinanderstoßen. Die im Besitze der Produktionsmittel befindlichen kapitalistischen Klassen benutzen ihre ökonomische Ueberlegenheit rücksichtslos zur Ueberwälzung der Steuern auf die breiten konsumierenden Massen. Dies hat unvermeidlich zur Folge, daß sich der überwiegend größte Teil der Steuern indirekt auswirkt, vom Proletariat getragen wird, die schwersten wirtschaftlichen Störungen hervorruft und den hohen finanziellen Anforderungen des Staates nicht entfernt Genüge leistet. Der kapitalistische Wirtschaftsmechanismus ist heute so ausgebeutet und kompliziert, und auf der andern Seite sind die Steuerzettel und Steuerbehörden so mangelhaft, daß Vermögensverschleimung und Steuerhinterziehung zu einem raffinierten System geworden sind. Die Steuerabgabe wird von Juristen unter dem Schein der Gerechtigkeit wissenschaftlich betrieben. Jedes neue Gesetz, jede neue Bestimmung wird durch neue Kniffe und Schliche übertrumpft.

Gegen die Hydra der Steuerabgabe und des Staatsbetruges hilft nur eine grundsätzliche, andersgerichtete Kurseinstellung: Sachwertbesteuerung an die Stelle der bisherigen Geldbesteuerung!

Wie die Sachwertbesteuerung praktisch möglich ist, wurde bisher wenig ausführlich dargelegt. Die Forderung ist noch zu neu. Für die nachfolgende Schilderung halten wir uns im wesentlichen an das 1910 im Anzengruber-Verlag erschienene Schriftchen von Dr. Heinrich Steinig: Wert- oder Sachabgabe, eine Ergänzung des bekannten Buches von Goldscheid: Staatssozialismus oder Staatskapitalismus nach der steuerlichen und finanztechnischen Seite hin. Steinig entwickelt den Plan der Sachwertbesteuerung und seine Vorschläge decken sich vollkommen mit den Mindestforderungen der deutschen Gewerkschaften: Von jedem im Inlande befindlichen Sachwert wird der Staat zu einem Viertel Mitbesitzer und Neuzinsnehmer. Das bedarf natürlich näherer Erläuterung. Nichtkapitalistischer Sachbesitz wird von vornherein auszuschalten sein, desgleichen alle ausgesprochenen Kleinbetriebe des Handwerks, Handels und der Landwirtschaft, die nur durch die Arbeitskraft des Besitzers bestehen. Am wichtigsten ist zweifelsohne die restlose Erfassung des ländlichen und städtischen Grundbesitzes, soweit rentetragende Betriebe in Frage kommen, und der Unternehmungen der Großindustrie, des Handels usw. Um bei der Industrie zu bleiben: die fünfundsiebenzigprozentige Abgabe wird erreicht durch Eintritt des Staates in das Unternehmen, „wodurch er zu einem Viertel Mitunternehmer wird, also einen Viertel-Anteil an allen der Unternehmung gehörigen Sachen erwirbt. . . . Dadurch, daß der Staat Mitigentümer zu einem Viertel des gesamten Vermögens der Gesellschaft geworden ist, ist er zugleich zu einem Viertel Aktionär geworden; denn jene Aktien, die bisher das gesamte Vermögen repräsentierten, repräsentieren jetzt nur noch drei Viertel. Sie sind damit eines Viertels ihres inneren Wertes beraubt, ohne Abstempelung auf drei Viertel herabgesunken und es ist nur die Konsequenz des Vorgangenen, wenn jetzt dem Staat über das ihm zugefallene Viertel Aktien ausgestellt werden, die seiner Stellung als Aktionär zu einem Viertel des Aktienvermögens entsprechen.“

„Welcher ungeheure Schritt damit nicht nur zur Entschädigung des Staates, sondern auch zur Sozialisierung aller reifen Betriebe getan ist, braucht nicht erst bewiesen zu werden. Die Macht eines solchen Erbklassikons aller inländischen Aktiengesellschaften springt in die Augen. In einem Viertel aller inländischen Aktien besitzt der Staat Mittel, die Börsen zu beherrschen und im Tauschwege jene Industrien ganz zu erwerben, die er der Sozialisierung zuführen will, die in seine, in die Hand der Gemeinschaft gehören.“ Der finanzielle Ertrag der Sachwertbesteuerung würde in Deutschland wider alles Erwarten hoch sein und sie ist deshalb die allein mögliche und gerechte Steuerform. Daß sich aus der Beteiligung des Staates an sämtlichen Unternehmungen auch ökonomische Konsequenzen ergeben, daß der Weg eröffnet wird zur Sozialisierung, trifft zu. Wir sollen uns aber auch der ungeheuren Schwierigkeiten bewußt sein, die damit erwachsen. Die ökonomischen Folgerungen werden nur gezogen werden können im schärfsten Kampfe gegen die kapitalistischen Besitzer der Produktionsmittel. Die Arbeiter und Angestellten werden dann vor die große Aufgabe gestellt sein, die Wirtschaft im sozialistischen Sinne umzugestalten. Von nicht geringerer Bedeutung wird die Frage sein, in welchem Maße das sozialistische Proletariat den Staat unter seinen Einfluß gebracht und umgestaltet hat. Die jetzt noch herrschende alte Staatsbureaucratie wird nicht berufen und fähig sein, die sozialistischen Wirtschaftsprobleme zu lösen, die Produktivität der Arbeit zu steigern und den Anteil des Kapitals an der Wirtschaft zu schmälern. Das lehrt uns, daß die Sachwertbesteuerung, sowohl in ihrem Beginn, wie in ihrer energischen steuerlichen und wirt-